

Eine Chance für Anleger

Warum sich Aktionäre für ein verantwortliches Handeln der Unternehmen einsetzen sollen

**DOMINIQUE BIEDERMANN
UND JEAN LAVILLE**

Mit dem Kauf von Aktien wird ein Anleger per Definition zum Miteigentümer des entsprechenden Unternehmens. Er erhält nicht nur Dividenden, sondern verfügt ausserdem über Rechte in Bezug auf die Organisation und die strategische Ausrichtung des Unternehmens. Wenn er diese Rechte aktiv nutzt, kann er manchmal bedeutende Änderungen bewirken, insbesondere wenn er andere Aktionäre von seinem Anliegen überzeugen kann. Nichteinhaltung der Menschenrechte, unanständig hohe Vergütungen, Umweltschäden durch Öl und die Gefährdung der Gesundheit der Mitarbeitenden – dies sind alles Beispiele, die den langfristigen Interessen der Aktionäre widersprechen.

Heute machen sich immer mehr institutionelle Anleger Gedanken, wie die Unternehmen mit Umwelt-, Sozial- und Governance-Fragen umgehen: Einige Anleger in der Schweiz und in anderen Ländern weltweit suchen sogar den Dialog mit den Unternehmensführungen, um in diesen Bereichen Verbesserungen anzustossen. Als langfristig ausgerichtete Aktionäre müssen die institutionellen Anleger aufmerksam die Geschäftspraktiken der Unternehmen verfolgen, in die sie investieren. Tun sie dies nicht, so können die negativen finanziellen Auswirkungen ihrem Ruf und ihrer Performance schaden.

Kräfte verschieben sich

Indem sich die Investoren für die aktive Ausübung der Aktionärsrechte entscheiden, statt die Titel bei Uneinigkeit mit der Unternehmensführung zu verkaufen, setzen sie sich für verantwortliches Handeln ein. Damit werden sie den langfristigen Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial- und Governance-Interessen gerecht.

Seine Verantwortung als Unternehmensmitemeigentümer zu übernehmen, ist jedoch schwieriger, als sich einfach mit dem Verkauf der Aktie von einer, wenn auch passiven, Komplizenschaft bei wenig ethischen Geschäftspraktiken zu befreien. Zum Wohl zukünftiger Generationen ist es aber an der Zeit, diesen steinigere Weg einzuschlagen.

Die wachsende Bedeutung institutioneller Aktionäre hat das Kräfteverhältnis zwischen Anlegern und Firmenchefs grundlegend zum Vorteil Ersterer verändert. Heute neigen immer mehr langfristig orientierte Investoren bei Uneinigkeit zu Gesprächen oder, wenn diese nicht weiterhelfen, zu einer Auseinandersetzung mit dem Management.

Diese aktive Strategie der Aktionäre wird Voice (im Sinne von Dialog) genannt – im Gegensatz zum dem Titelverkauf entsprechenden Exit. Stark gefördert wurde sie von der Einführung der «Prinzipien für verantwortliches Investieren» der Vereinten Nationen. Diese Charta, die von über 600 institutionellen Anlegern unterschrieben wurde, fördert den Aktionärsdialog mit einem ihrer sechs Prinzipien.

Das Ziel dieser Prinzipien ist es, die Unternehmen dazu zu bringen, sich anzupassen und in den Bereichen Soziales, Umwelt und Governance nach Best Practice vorzugehen. Dies dürfte eine nachhaltige Erhöhung des Werts der betroffenen Unternehmen für die Aktionäre und alle anderen Partner ermöglichen. Unternehmen, deren Aktionäre mehr Einfluss ausüben, verzeichnen ebenfalls einen Rückgang des Risikos finanzieller Rückschläge.

Falls der Dialog keine Früchte trägt, können die Anleger einen Antrag an den Verwaltungsrat stellen und damit die Anwendung einer bestimmten Politik fordern. Solche Aktionärsanträge werden an der Generalversammlung diskutiert und geben allen Aktionären die Möglichkeit, sich zu einem umstrittenen Thema zu

äussern. Stimmen über zehn Prozent der Anleger für den Antrag, dann gilt dies als deutliches Signal an die Führungskräfte. Mit etwas gutem Willen müssten die Firmenchefs die so geäusserten Meinungen berücksichtigen.

Wenn das Unternehmen völlig im Widerspruch zu Sozial-, Umwelt- und Governance-Anliegen handelt, indem es trotz wiederholter Forderungen der Aktionäre das Offensichtliche von sich weist und sich einer Lösung der Probleme verschliesst, dann muss das Investment überdacht werden. Je nach Schwere der Vorwürfe und der Reaktion des Managements kann sich ein Titelverkauf aufdrängen. Dabei besteht selbstverständlich die Möglichkeit, die Aktien zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu kaufen, wenn eine Verbesserung eintritt.

Einfluss auf Gesetzesebene

Ausserdem engagieren sich immer mehr institutionelle Anleger im Bereich der Gesetzgebung. Sie fordern von den Börsen- und Aufsichtsbehörden Rahmenbestimmungen in Bezug auf Sozial-, Umwelt- und Governance-Verantwortung: So kann beispielsweise gehofft werden, dass bald einheitliche Regeln zur Nachhaltigkeitsberichterstattung erlassen werden. Eine solche Berichterstattung würde dazu führen, dass Best-Practice-Beispiele schnell am ganzen Markt bekannt würden.

Dank der Initiativen bestimmter institutioneller Aktionäre dürften die Anleger somit nicht nur eine höhere Umwelt- und Sozialrendite als in der Vergangenheit erreichen, sondern auch von der gesteigerten finanziellen Nachhaltigkeit der Unternehmen profitieren, in die sie investieren.

Dominique Biedermann ist Direktor und Jean Laville Vizedirektor der Ethos-Stiftung, Genf.